



Beschluss durch den RGRE-Hauptausschuss am 4. November 2025 in Ettlingen zu den Vorschlägen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 – 2034 (MFR)

1. Der Hauptausschuss zeigt sich besorgt über die Vorschläge der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 -2034 (MFR). Er betont die Bedeutung der europäischen Kohäsionspolitik. Sie ist zentrales Instrument für die Schaffung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion im Sinne des Art. 174 AEUV und damit für lokale und regionale Entwicklung. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer auskömmlichen Mittelausstattung für eine Förderung aller Regionen in der Europäischen Union. Dazu braucht es eine attraktive Kofinanzierung von mindestens 50%.
2. Der Hauptausschuss unterstreicht die Rolle der Kommunen als strategische Partner bei der Ausgestaltung und Umsetzung des MFR. Die angekündigte Zentralisierung durch die Einführung nationaler und regionaler Partnerschaftspläne (NRP) betrachtet er mit großer Sorge. Nur die konsequente Anwendung des Partnerschaftsprinzips und einer starken Mehrebenen-Governance bei Planung, Umsetzung und Evaluierung der Programme kann eine bedarfsgerechte Förderung kommunaler Bedarfe sicherstellen und dadurch Wirkung vor Ort entfalten.
3. Der Hauptausschuss begrüßt die klare Positionierung der Bundesländer zum Erhalt dezentraler Strukturen. Er fordert die Länder und den Bund zu einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunen auf. Von der Bundesregierung erwartet er, dass sie sich im Rat klar für eine dezentrale Struktur ausspricht. Der Hauptausschuss ersucht die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, um eine möglichst dezentrale Struktur zu erhalten.